

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

III-166 (ex 16)

Déposée par Monsieur:

Erwin Teufel

Qualité:

Membre

Texte du Praesidium

(2) Zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Urteile und Entscheidungen und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen mit grenzüberschreitendem Bezug können durch Europäische Rahmengesetze Mindestvorschriften festgelegt werden, die Folgendes betreffen:

a) die Zulässigkeit von Beweismitteln auf gegenseitiger Basis zwischen den Mitgliedstaaten;

b) die Rechte des Einzelnen im Strafverfahren;

c) die Rechte der Opfer von Straftaten;

d) sonstige spezifische Aspekte des Strafverfahrens, die zuvor vom Rat durch einen Europäischen Beschluss bestimmt worden sind. Der Rat beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Der Erlass derartiger Mindestvorschriften hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, ein

Amendement proposé

(2) Zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Urteile und Entscheidungen und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen mit grenzüberschreitendem Bezug können durch Europäische Rahmengesetze Mindestvorschriften festgelegt werden, die Folgendes betreffen:

a) die Zulässigkeit von Beweismitteln auf gegenseitiger Basis zwischen den Mitgliedstaaten;

b) die Rechte des Einzelnen im Strafverfahren;

c) die Rechte der Opfer von Straftaten;

~~d) sonstige spezifische Aspekte des Strafverfahrens, die zuvor vom Rat durch einen Europäischen Beschluss bestimmt worden sind. Der Rat beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.~~

Der Erlass derartiger Mindestvorschriften hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, ein

höheres Schutzniveau für die Rechte des Einzelnen im Strafverfahren beizubehalten oder einzuführen.

höheres Schutzniveau für die Rechte des Einzelnen im Strafverfahren beizubehalten oder einzuführen.

- (3) **Der Rat beschließt einstimmig, soweit die Durchführung einer Maßnahme in mindestens einem Mitgliedstaat eine Änderung bestehender gesetzlicher Grundsätze der Strafrechtsordnung oder der Strafverfahrensordnung erfordert.**

Begründung:

Abs. 2

Im Interesse einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten muss die Liste der Bereiche des Strafrechts, in denen die Union tätig werden kann, abschließend sein. In diesem traditionell national geprägten, sensiblen Bereich ist nach derzeitigem Integrationsstand eine Kompetenzerweiterungsklausel im Sinne des 4. Spiegelstrichs abzulehnen.

Abs. 3 (neu)

In Kernbereichen des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts sollte weiterhin Einstimmigkeit gelten. Auch der Bericht der Arbeitsgruppe X hatte anerkannt, dass für Aspekte, welche die ureigensten Aufgaben der Mitgliedstaaten berühren und zum Kernbestand der verschiedenen Rechts Traditionen gehören, weiterhin die Einstimmigkeitsregel gelten soll. Da eine sachgebietsbezogene Abgrenzung der Kernbereiche schwierig erscheint, sollte in Anlehnung an Art. 47 Abs. 2 Satz 2 EG-Vertrag eine formale Ausnahmebestimmung angefügt werden.